

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

05.01.2022

Inhalt

EWN

1 Grüne wollen Castor-Forschung in Lubmin <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 05.01.2022</i>	3
2 „Wir brauchen das Gas“ <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 05.01.2022</i>	5
3 Corona hält die MV-Wirtschaft weiter im „Würgegriff“ <i>nordkurier.de, 04.01.2022</i>	8
4 Klimaneutral mit Atomkraft? – Für Finnlands Regierung kein Widerspruch – auch nicht für Fridays For Future <i>stern.de, 04.01.2022</i>	9
5 Atomunion Europa <i>ZEIT ONLINE, 05.01.2022</i>	12

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 05.01.2022 | S. 9

 Auflage: 29.839 | Reichweite: 74.194

 Martina Rathke

ATOM

Grüne wollen Castor-Forschung in Lubmin

Weil sich die Suche nach einem Endlager hinzieht, müssen die Atommüllbehälter länger als 40 Jahre in Zwischenlagern stehen.

Die Atomstandorte steuern auf ein Problem zu: Weil sich die Suche nach einem Atom-Endlager hinzieht, müssen die Atommüllbehälter mit ihrem brisanten Inhalt länger als die genehmigten 40 Jahre in irdischen Zwischenlagern stehen.

Nach dem Willen der MV-Grünen könnte der Atomstandort Lubmin angesichts dieser zeitlichen Lücke eine Forschungsstätte für die verlängerte Zwischenlagerung werden. Konkret geht es darum, Alterungseffekte, das Langzeitverhalten von Behältern und Brennstoff und die Transportierbarkeit dieser Behälter in das künftige Endlager zu untersuchen. Im Zwischenlager in Lubmin lagern 74 Castoren mit hochradioaktivem Abfall.

„Bundesweit herrscht Einigkeit, dass die 40-jährige Frist zur Zwischenlagerung von Castoren ablaufen wird, bevor ein Endlager zur Verfügung steht“, sagt der atompolitische Sprecher der Grünen-Fraktion, der Physiker Hannes Damm.

Das Problem: Niemand wisse genau, ob die Castorbehälter über den Genehmigungszeitraum hinaus noch sicher seien. Die Fraktion spricht sich deshalb dafür aus, in Lubmin die Dichtheit der dort deponierten Castoren zu untersuchen. Das Wissen soll helfen, fundierte Entscheidungen für die notwendige Verlängerung der Genehmigungen zu treffen. Bislang seien nur in den USA Castoren zu Forschungszwecken geöffnet worden. Der Haken: Die Bauart der amerikanischen Castoren weicht von den in Deutschland eingesetzten Behältern ab, was nach Einschätzung von Damm eigene Untersuchungen nötig macht. Die **EWN GmbH (Entsorgungswerk für Nuklearanlagen)** in Lubmin

weist einen solchen Vorschlag zurück. „Derartige Planungen existieren bei uns nicht“, sagt Sprecher Kurt Radloff. Für die Untersuchungen von Behältern und Inventar ist laut Damm eine „Heiße Zelle“ erforderlich, in der Castor-Behälter sicher geöffnet, untersucht und gegebenenfalls umverpackt werden können. Die **EWN** plant fürs neue Zwischenlager diesen strahlungsdichten Raum bislang nur als nachträgliche Option.

Das Auftreten einer Undichtheit an Castor-Behältern ist nach Aussagen der **EWN** „äußerst unwahrscheinlich“. Bisher sei weder an den 74 Castor-Behältern in Lubmin noch an einem anderen der deutschlandweit mehr als 1200 Castor-Behälter weder am Primär- noch am Sekundärdeckel ein Nachlassen der Dichtheit aufgetreten. Sollte dennoch der unwahrscheinliche Fall eintreten, gebe es in Lubmin ein bewährtes und genehmigtes Reparaturkonzept.

Im Bundesumweltministerium sieht man ebenfalls keine Notwendigkeit für eine zentrale Einrichtung, um das Langzeitverhalten zu untersuchen - auch weil bereits Projekte zum Teil in internationaler Zusammenarbeit liefen. Bisherige Untersuchungen wiesen zudem darauf hin, „dass mit Undichtigkeiten der Behälter wie auch mit einem systematischen Versagen der Integrität der Brennstäbe oder der Kokillen mit verglasten Abfällen nicht zu rechnen ist“, so ein Ministeriumssprecher.

Mit der Forderung nach Forschungen zum Alterungsverhalten der Castoren stehen die Grünen nicht allein da. Auch der Umweltverband BUND und die Anti-Atom-Organisation „ausgestrahlt“ sehen Sicherheitsrisiken.

Castoren und Zwischenlager

Sicherheitsnachweise nur für 40 Jahre - die ersten Castoren in Lubmin erreichen das Alter 2036

Potenzielle Probleme

Dichtungen und Öffnungen im Deckel

Langzeit-Dichtheit fraglich

Brennelementehalterungen, Tragkorb

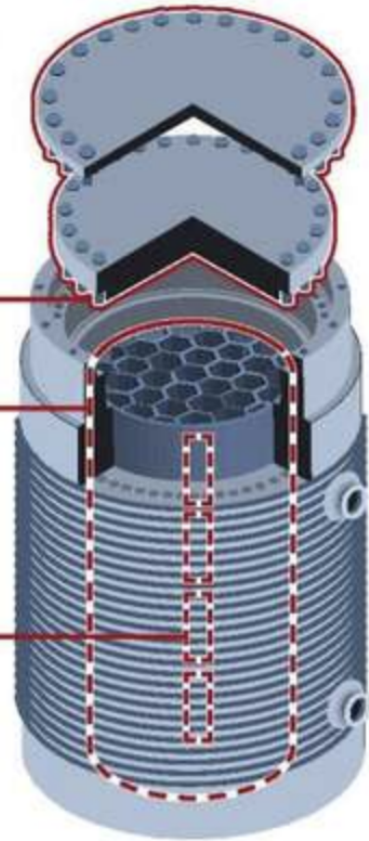
kann verspröden und reißen

Brennstoff im Innern rutscht zusammen,

Folge können Strahlungshotspots und

eine Kettenreaktion sein,

Hitze könnte Dichtungen zerstören



Quelle: Grüne

OZ-Grafik: B.Barz

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 05.01.2022 | S. 10

 Auflage: 29.839 | Reichweite: 74.194

 Andreas Ebel, Frank Pubantz

INTERVIEW

„Wir brauchen das Gas“

Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD): Gaskraftwerke sind ein akzeptabler Zwischenweg

Sechs Wochen ist Reinhard Meyer (62, SPD) als neuer MV-Wirtschaftsminister im Amt. Die OSTSEE-ZEITUNG befragte ihn zu seinen Zielen.

OZ: Herr Meyer, die Energiepreise in MV explodieren, Verbraucher sind besorgt. Was tun Sie dagegen?

Reinhard Meyer: Ein Landesminister kann da relativ wenig tun. Wir sind in einer Phase, in der sich die Preise nach oben entwickeln. Wir hatten ein kaltes Frühjahr, es gibt Engpässe, und jetzt fangen die Spekulationen an. Die sonst relativ gut gefüllten Gasspeicher sind nicht so voll. Auf dem Strommarkt haben wir einzelne Unternehmen, die sich ein Stück weit verspekuliert haben, zum Teil Insolvenz anmelden müssen. Folge: Kunden, die Strom beziehen, fallen in die Grundversorgung, das wird meist teurer als vorher. Das sind viele Ursachen, die da eine Rolle spielen. Ich glaube, es ist wichtig, dass man mit Blick auf 2022 bestimmte Maßnahmen vorzieht, zum Beispiel die Abschaffung der bundesweiten Umlage für erneuerbare Energien.

Könnte das Land Förderprogramme auflegen, über die Bürger Energie einsparen? Beispiele: Elektroautos oder Solarspeicher.

Da ist nichts geplant, weil der Bund schon eine Menge tut. Der neue Bundesverkehrsminister hat eine Ladestellen-Offensive für E-Autos angekündigt. Warum sollte man da als Land zusätzlich fördern? Auch beim Thema Solar, Photovoltaik bis hin zu Speichern hat die Bundesregierung sehr viel Förderung angekündigt, so dass wir da im Moment weniger Notwendigkeiten sehen. Wir werden schauen, wo wir als MV Lücken füllen können.

Wird das Gas günstiger, wenn die aus Russland kommende Pipeline Nord Stream 2 in Betrieb ist, wie Herr Putin verspricht?

Es wäre gut, wenn Nord Stream 2 genehmigt wird, russisches Gas fließt. Und wenn es nur dazu führt, dass Gasspeicher gefüllt werden. Zu Nord Stream 2 haben wir ein geregeltes Verfahren, das jetzt bei der Regulierungsbehörde liegt. Wir hoffen, dass das im ersten Halbjahr schnell abgeschlossen wird.

MV steht wegen einer Klimaschutz-Stiftung in der Kritik, die von Nord Stream 2 und Gazprom abhängig sei. Wie sehen Sie das?

Mich wundert, welche Argumente da manchmal kommen. Als Nord Stream 1 gebaut wurde, wurde mit den Umweltschutzverbänden und der Wirtschaft eine Stiftung gegründet, da es ein Eingriff in den Greifswalder Bodden war. Mit dem Geld gab es Ausgleichs- und Naturschutzmaßnahmen. Ist wunderbar gelaufen. Später fanden die Umweltverbände das nicht mehr so schön, weil ihnen Vorhaltungen gemacht wurden. Ich glaube, es ist wichtig, dass durch eine Stiftung Mittel zweckentsprechend eingesetzt werden, um Projekte für den Naturschutz zu fördern. Das ist gut für MV.

Polen hat jetzt den Standort für das erste Kernkraftwerk an der Ostsee bestätigt. Macht dann Atomausstieg in Deutschland überhaupt Sinn?

Die alles entscheidende Frage ist doch: Wohin mit dem Atommüll? Deutschland ist seit Langem im Gespräch für ein Atommüllendlager. Bis heute gibt es keinen Standort. Jedes Land entscheidet selber über seine Energieversorgung. Ich halte es aber für den absolut falschen Weg, der da in Polen und anderen Ländern gegangen wird.

Wie soll eine Energiewende in MV ohne Atom- und Kohlekraftwerke funktionieren, so dass die Energie auch bezahlbar bleibt?

Bei den erneuerbaren Energien geht es ja nicht nur um MV. Wenn das so wäre, würden wir hier schnell autark

sein. Man muss das gesamt europäisch denken. Bei allem Streben nach erneuerbaren Energien dürfen wir den Weg dorthin nicht vergessen. Gaskraftwerke sind sehr effektiv. Daher ist dies für mich ein völlig akzeptierter Zwischenweg, um die Versorgung sicherzustellen.

Wie stehen Sie zu Plänen innerhalb der EU, Investitionen in Atom- und Gaskraftwerke auch als grün einzustufen und zu fördern?

Um die gesetzten Klimaschutzziele zu erreichen, wollen wir den Atom- und Kohleausstieg. Das geht nicht von heute auf morgen. Wir brauchen dafür den Ausbau der erneuerbaren Energien und die Errichtung moderner Gaskraftwerke. Dabei müssen Gaskraftwerke so gebaut werden, dass sie auf klimaneutrale Gase, wie zum Beispiel Wasserstoff, umgestellt werden können. Atomkraftwerke als „grün“ einzustufen, ist ein Irrweg.

MV ist immer noch Schlusslicht bei Einkommen bundesweit. Wie wollen Sie das ändern?

Wir brauchen mehr Tarifgebundenheit. Auch für Unternehmer lohnt es sich, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter besser zu bezahlen, denn die Debatte um die Fachkräfte wird sich in der Zukunft weiter verschärfen. Wenn ein Arbeitnehmer aus Rostock oder Schwerin weiß, dass er in Hamburg für die gleiche Arbeit 20 Prozent mehr verdienen kann, dann ist das ein echter Unterschied. Daher müssen wir weiter aufholen.

In Gastronomie oder Hotellerie wird in MV vielerorts nicht gut bezahlt. Was schwebt Ihnen da vor?

Das müssen die Tarifparteien selber regeln, aber ich kenne viele Unternehmen, die Zusatzleistungen für ihre Auszubildenden und Mitarbeiter haben, um diese zu binden.

Mit den Lasten für Unternehmen steigen auch die Endpreise. Tourismus steht in Konkurrenz mit Schleswig-Holstein oder Bayern. Wird das dann nicht viel zu teuer?

In Preis-Leistungs-Vergleichen zu touristischen Angeboten steht Deutschland wesentlich besser als gefühlt da, gerade im Verhältnis zu Spanien, Italien oder Frankreich. Natürlich bedeuten höhere Löhne auch höhere Preise. Da wird ein Preisgefüge in MV wichtig sein, das Urlaub weiter attraktiv macht. Wir wollen mehr Qualität, das heißt, der Urlaub wird teils auch teurer werden. Wir brauchen aber genauso Angebote für Familien mit Kindern.

Gaststätten haben schon geschlossen, weil sie keine Leute finden. Wie schafft man einen Anreiz?

Das muss man individuell beantworten. Ein Beispiel: Gastronomen haben sich beklagt, dass ihre Arbeitskräfte von einem Callcenter abgeworben wurden, das aber auch nicht viel mehr bezahlt. Da muss man sich die Frage stellen: Was gibt es für Gründe, dass Mitarbeiter dennoch abgeworben wurden? Lohn spielt eine Rolle, Vereinbarkeit von Beruf und Familie aber auch. Dann, dass man auch da wohnen kann, wo man arbeitet. Da können wir als Land gemeinsam mit den Kommunen Verbesserungen erzielen. Dann die Qualifizierung. Dazu haben wir im Koalitionsvertrag den Auftrag, gemeinsam mit der Wirtschaft eine Tourismusakademie ins Leben zu rufen. Das sind alles Bausteine, die wir entwickeln müssen. Es gibt nicht die eine Antwort.

Warum braucht MV ein Tourismusgesetz? Ihre Idee.

Ich sage schon seit Jahren, dass man ganz MV als eine Tourismusregion erkennen muss, wie Kärnten oder Südtirol in Italien. Dafür braucht man eine gesetzliche Grundlage, Finanzierung und eine Bündelung von Leistungen. Wir müssen die gesamte Tourismusdestination MV verkaufen. Tourismusfinanzierung heißt nicht nur, dass Gäste über die Kurabgabe zahlen, sondern es stellt sich auch die Frage: Kann man es vertreten, dass Unternehmen, die vom Tourismus profitieren, mit zur Finanzierung herangezogen werden? Ich sage ja. Aber nur zur Finanzierung des Tourismus.

Der Schuhhersteller Birkenstock kommt nach MV. Haben Sie weitere Großansiedlungen in der Pipeline?

Es passiert einiges im Bereich Wasserstoff in Verbindung mit Forschung. Da gibt es viele Interessenten, aber wir können das im Moment nicht öffentlich machen. Das sind sensible Prozesse.

Was ist mit dem vietnamesischen Elektroauto-Bauer Vinfast, der womöglich nach Laage kommen will?

Kein Kommentar. Wir haben eine Menge dafür getan, dass die ihr Interesse hochhalten.

Was denken Sie über den Bau des Fehmarnbelt-Tunnels, der einen Rückgang der Umschlagzahlen in MV bringen dürfte?

Bei der Fehmarnbelt-Querung habe ich zwei Gedanken: Man kann viel von Dänemark lernen, wenn es um das schnelle Planen und Umsetzen solcher Projekte geht. Zweitens: Die Querung wird kommen, und alle hier in MV, zum Beispiel in Rostock, müssen sich vorbereiten. Man weiß jetzt: Es sind noch zehn Jahre Zeit, um Häfen zu entwickeln. Ich bin der festen Über-

zeugung, dass Rostock gute Chancen hat. Jeder sollte sich auf seine eigenen Chancen besinnen. Häfen werden heute immer in Verbindung mit Industrieansiedlungen gesehen. Da ist der Standort Rostock der allerbeste in ganz MV.

Die Wirtschaft erwartet, dass die Regierung mehr tut, um den Hafen noch attraktiver zu machen. Realistisch?

Wir haben schon sehr viel für den Rostocker Hafen getan. Ich glaube, dass Geld nicht das Hauptproblem ist. Es geht vor allem darum, wie man den Hafen erweitern kann. Eines ist völlig klar: Wir brauchen mehr Flächen für den Rostocker Hafen. Planungsbeschleunigung wird eminent wichtig. Die Rahmenbedingungen beim Bund müssen sich verbessern. Länder wie Dänemark und die Niederlande bekommen das wesentlich besser hin als wir.

Bei der Genehmigungszeit für Windkraftanlagen ist MV bundesweit Letzter. Wie das?

Das ist nervend. Weil wir zum Teil keine ausreichenden Eignungsgebiete haben. Weil wir Entscheidungen zu lange abwägen, insbesondere im Bereich Naturschutz. Wenn wir beim Thema erneuerbare Energien wirklich vorankommen wollen, dann müssen wir im Planungsverfahren einfach schneller werden. Die Zusammenarbeit zwischen Landesplanung, Naturschutzbehörden und kommunaler Ebene muss besser werden. Daran werden wir gemessen.

Wird die Darßbahn 2026 fertig sein, wie zuletzt geplant?

Das ist die Zahl, die ich kenne. Ob es realistisch ist, wird

man sehen. Der Naturschutz spielt hier eine besondere Rolle. Es könnte sich also verzögern.

Die Karniner Brücke auf Usedom soll wieder eine Zugverbindung nach Süden bringen. Realistisch?

Wenn man die Verantwortlichen in Berlin gewinnt, ja. Die Idee, dass man von Berlin in zwei Stunden mit dem Zug nach Usedom fahren kann, ist gut. Die jetzige Bahnverbindung ist nicht besonders attraktiv. Man könnte aus der Karniner Brücke ein europäisches Projekt machen. Das ist mit Polen nicht ganz einfach.

In Berlin gäbe es großes Interesse an einer solchen Zugverbindung - auch um Menschen anzulocken, die hier wohnen, aber in der Hauptstadt arbeiten könnten ...

Das ist etwas, wo wir bei der Landesentwicklung große Chancen haben. Die Frage ist doch, ob man hier nicht leben und arbeiten will. Dafür braucht es bessere Verbindungen, insbesondere mit dem Zug. Auch Städte wie Pasewalk werden dann noch attraktiver.

Wie viel Arbeit macht es, ein landesweites Rufbussystem zu schaffen, das SPD und Linke wollen?

Viel Arbeit. Wir wollen zunächst zusammen mit dem Nahverkehr und den Kreisen Standards definieren. Eine besondere Aufgabe ist dabei, bestehende Systeme wie in Ludwigslust-Parchim zu integrieren. Für die Finanzierung ist Vorsorge getroffen. Es wird noch ein bisschen dauern, das Rufbussystem umzusetzen. Wir möchten einen einheitlichen Start haben, am besten zeitgleich mit dem landesweiten Seniorenticket. Die Standards müssen dann aber überall gleich sein.

Corona hält die MV-Wirtschaft weiter im „Würgegriff“

„Abwartend bis skeptisch“ gehen die Arbeitgeber in Mecklenburg-Vorpommern in das Jahr 2022. Auch die rot-rote Landesregierung gibt aus Sicht der Wirtschaft keinen Anlass zum Optimismus.

Schwerin. „Wie sich die Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern 2022 entwickelt, wird maßgeblich von der Bewältigung der Corona-Pandemie abhängen. Schon 2021 hatten wir auf ein Ende der Krise gehofft und eine entsprechende wirtschaftliche Belebung erwartet. Wir alle kennen das Ergebnis. Corona hält uns weiterhin im Würgegriff, viele MV prägende Wirtschaftsbereiche stehen weiterhin vor einer ungewissen Zukunft“, betonte Lars Schwarz, Arbeitgeberpräsident der Vereinigung der Unternehmerverbände in MV, anlässlich der Vorstellung der Umfrageergebnisse zur Aussicht der wirtschaftlichen Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern. 18 Mitgliedsverbände der Vereinigung der Unternehmensverbände haben sich an der Umfrage Ende letzten Jahres beteiligt. Sie repräsentieren 2.400 Unternehmen mit gut 133.400 Beschäftigten.

„Die Erwartungen an die Geschäftsentwicklungen der Unternehmen stellen sich, im Vergleich zum deutschlandweiten Trend, in MV verhaltener dar. Was nicht zuletzt auf den bei uns relativ geringen Anteil der exportorientierten Wirtschaft zurückzuführen ist. Die mittelständische Ernährungswirtschaft, die maritime Zuliefererindustrie und nicht zuletzt der Einzelhandel sowie die Tourismusbranche sehen dem neuen Jahr abwartend bis skeptisch entgegen“, sagte Jens Matschenz, Geschäftsführer für Wirtschaft und Arbeit bei der Unternehmervereinigung. Dieses spiegle sich auch in den Antworten zur Investitionsneigung und der Beschäftigungsentwicklung wieder.

Lars Schwarz ergänzte: „Wir erachten daher das von Wirtschaftsminister Reinhard Meyer für 2022 in Aussicht gestellte Wirtschaftswachstum von 3 Prozent für zu optimistisch. Zu viele Unwägbarkeiten lassen eine verlässliche Aussage nicht zu. Allein ein Scheitern der

Rettung der MV-Werften würde zu Verwerfungen führen, deren Ausmaß sich negativ auf die Wachstumszahlen auswirken.“

Skeptisch bei der neuen MV-Regierung

Befragt nach der Bewertung des Koalitionsvertrages von SPD und Linke fällt die Antwort der Verbände ebenfalls abwartend bis skeptisch aus. Noch sei nicht klar zu erkennen, wie sich bestimmte Vorhaben der Koalition auf die Wirtschaft in MV auswirken. Begrüßt werde die klare Positionierung zum Industriekonzept MV 2030, das die Vorgängerregierung gemeinsam mit den Sozialpartnern und weiteren Wirtschaftsvertretern 2021 entwickelt und beschlossen habe, so Schwarz. „Was für uns gar nicht geht, ist das angekündigte Tariftreuegesetz als Erweiterung des bisherigen Vergabegesetzes bei Aufträgen durch die öffentliche Hand. Beide stellen für die Betriebe in MV nicht nur praxisferne und bürokratische Hürden dar, sondern sie werden von uns auch als weiterer indirekter Eingriff in die Tarifautonomie von Arbeitgebern und Gewerkschaften eingeordnet.“

Weder ein Vergabemindestlohn noch ein Tariftreuegesetz würden nach Einschätzung der Arbeitgeber zu mehr tariflicher Entlohnung führen. Und darüber hinaus nähme die Regierung billigend in Kauf, dass Klein- und Kleinstbetriebe von der Auftragsvergabe ausgeschlossen würden. „Wir haben ein anderes Verständnis von Wirtschaftsförderung“, machte Schwarz deutlich. Die Vereinigung der Unternehmensverbände für Mecklenburg-Vorpommern ist der Dachverband von derzeit 50 Arbeitgeber-, Wirtschafts-, Fach- und Regionalverbänden. Mit ihren über 5.600 Mitgliedern und gut 340.000 Beschäftigten vertritt der Verband die Interessen der Arbeitgeber in Mecklenburg-Vorpommern.

DISKUSSION UM KERNENERGIE

Klimaneutral mit Atomkraft? – Für Finnlands Regierung kein Widerspruch – auch nicht für Fridays For Future

Finnland steht Atomkraft positiv gegenüber

Die EU-Kommission plant, dass Investitionen in neue Atomkraftwerke als nachhaltig eingestuft werden sollen. Das sorgte für Protest in Deutschland. Finnland hingegen setzt auf Kernkraft für Klimaneutralität. Sogar dortige Klimaktivist:innen finden das eine gute Idee.

Deutschland verabschiedet sich von der Atomkraft : Zum Jahreswechsel wurden die drei Atomkraftwerke in Brokdorf, Grohnde und Gundremmingen stillgelegt. Die drei allerletzten deutschen AKW bei Landshut, im Emsland und bei Heilbronn sollen zum Jahresende folgen. Nun sorgen aber Pläne der EU-Kommission für Wirbel. Denn die plant indirekte Förderungen moderner Atom- und Gaskraftwerke.

Konkret sehen die Pläne vor, dass geplante Investitionen in neue AKWs als nachhaltig klassifiziert werden können, wenn die Anlagen neuesten Technikstandards entsprechen und ein konkreter Plan für eine Entsorgungsanlage für hoch radioaktive Abfälle spätestens 2050 vorgelegt wird. Zudem soll Bedingung sein, dass die neuen Anlagen bis 2045 eine Baugenehmigung erhalten.

Die Kommissions-Pläne sorgen für Entsetzen bei Umweltschützern und Kernkraftgegnern. Greenpeace und die Deutsche Umwelthilfe warfen der Brüsseler Behörde am Wochenende vor, ein vollkommen falsches Signal zu setzen und ihre eigenen Klimaziele zu untergraben. Auch die Bundesregierung übte Kritik. Die "Hochrisikotechnologie" Atomenergie als nachhaltig zu etikettieren, sei falsch, sagte Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne). Der Atom Müll werde die EU über Jahrhunderte belasten. Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze (SPD) sagte: "Atomkraft ist zu riskant, zu teuer und zu langsam, um der Welt beim Klimaschutz zu helfen."

Anders sieht man das in Finnland . Das Land will bis zwar auch klimaneutral werden, setzt dafür aber auf Atomkraft – und baut sogar neue Reaktoren. Für

die finnische Regierung spielt Kernkraft eine wichtige Rolle in ihrer Klima- und Energie-Strategie. Die "CO₂-neutrale Produktion und deren Nutzung" verbessere nämlich die Sicherheit der Stromversorgung. In einem Bericht des Wirtschaftsministeriums heißt es, dass Atomkraft neben erneuerbaren Energien eine wichtige Option zur Reduktion von CO₂ sei. Schon in den 1980er-Jahren, als die ersten Meiler ans Netz gingen, sei der Ausstoß von klimaschädlichen Gasen in Finnland deutlich reduziert worden.

"Aufgrund unserer langjährigen Erfahrung denken wir, dass Atomkraft, wenn die Kraftwerke sorgfältig gebaut und gewartet werden und auf die Sicherheit Acht gegeben wird, als Übergangslösung für die kommenden Jahrzehnte genutzt werden kann", sagte der damalige finnische Ministerpräsident Antti Rinne.

Auch die öffentliche Meinung zur Atomkraft ist in Finnland mehrheitlich positiv. Eine Umfrage aus dem Jahr 2010 ergab, dass 48 Prozent der finnischen Bevölkerung eine positive Haltung zu Kernkraft hatte, während 17 Prozent dem negativ gegenüberstanden. Eine weitere Umfrage aus dem Jahr 2014 ergab, dass 41 Prozent Atomkraft befürworteten und 24 Prozent diese ablehnten.

Sogar beim finnischen Ableger von Fridays For Future ist man offen für Kernenergie. "Atomkraft ist keine perfekte Alternative, aber ihre Emissionen sind gering. Aus unserer Sicht sind es die Kohlendioxidemissionen, die eine größere Bedrohung darstellen als Atom Müll und die die Temperatur des Planeten erhöhen. Deshalb sind wir bereit, Atomkraft als Teil des Energiemixes zu akzeptieren" schreibt der Ableger in einer Reaktion auf

einen Kommentar von Klimaaktivist:innen, darunter Greta Thunberg und Luisa Neubauer, in der sie sich gegen die Taxonomie in der EU, also die Klassifizierung nachhaltiger Wirtschaftsaktivitäten, von Kernkraft aussprechen. Die finnischen Klimaschützer:innen unterstreichen aber, dass fossiles Gas nicht in die Taxonomie der Europäischen Union gehöre und "keinesfalls als nachhaltiger Energieträger eingestuft werden" sollte.

Es sei nicht die Zeit, eine emissionsarme Energiequelle ganz auszuschließen, so Finnlands Fridays For Future. "Vielmehr müssen wir alle verfügbaren Mittel einsetzen, um die Klimakrise zu bekämpfen. Der Widerstand gegen die Atomkraft wird die ohnehin enorme Aufgabe verkomplizieren und vergrößern. Wenn wir die globale Erwärmung unter 1,5 Grad stoppen wollen, brauchen wir alle möglichen Mittel, einschließlich der Atomkraft, um dieses Ziel zu erreichen."

Atomkraft sei zwar weder unproblematisch noch ein "Allheilmittel", aber es sei besser, "diese emissionsarme Energiequelle zu nutzen, als die Zukunft des gesamten Planeten aufs Spiel zu setzen. Derzeit laufen in Finnland zwei Kernkraftwerke mit je zwei Reaktoren am Netz: Das AKW Loviisa östlich der Hauptstadt Helsinki und das AKW Olkiluoto, nordwestlich von Helsinki. Loviisa ging 1977 erstmals in Betrieb, Olkiluoto ein Jahr darauf. Stand 2019 wurden 35 Prozent des Stroms in Finnland auf nuklearem Weg produziert.

Ein fünfter Reaktor (Olkiluoto 3) befindet sich in der Umsetzungsphase, ein Baugenehmigungsantrag für einen sechsten Reaktor wurde bei der Regierung eingereicht. So will man den Anteil der Atomkraft am Energiemix auf gut 60 Prozent bringen und der Kohlenenergie ein Ende bereiten.

Olkiluoto 3 soll mit einer Leistung von ca. 1.600 Megawatt noch in diesem Jahr in Betrieb gehen. Das wären mehr als die Hälfte als die vier bisherigen Reaktoren im Land zusammen produzieren. Doch Olkiluoto 3 entwickelte sich schon früh zu einem Problem-Reaktor. Baubeginn war . Die Kosten für das Projekt wurden auf rund drei Milliarden Euro veranschlagt, liefen aber schnell aus dem Ruder. Immer wieder kam es zu Verzögerungen. 2015 wurde berichtet, dass sich der neue Reaktorblock auf schätzungsweise neun Milliarden Euro verteuerte. Erst im März 2021 erteilte die finnische Nuklearaufsicht Stuk die Genehmigung zur Beladung mit Brennstoff, womit gilt das Kraftwerk als fertiggestellt. Am 21. Dezember erreichte der Reaktor zum ersten Mal die Kritikalität, also der normale Betriebszustand.

Olkiluoto 3 ist ein sogenannter EPR, ein Druckwasserreaktor der dritten Generation, der von den fran-

zösischen Unternehmen Framatome und Électricité de France sowie Siemens entwickelt wurde. Der neue finnische Reaktor ist der erste EPR Europas. Frankreich will mit der neuen Reaktortechnik seine bisherigen, teils veralteten Atomkraftwerke, die bis 2050 vom Netz gehen, ersetzen. Der erste soll in Flamanville stehen. Allerdings gibt es auch in Frankreich Probleme mit dem neuen Reaktortyp. 2011 setzte Haushaltsausschuss der Französischen Nationalversammlung eine Kommission ein, die sich mit den enormen Kostenexplosionen beschäftigte.

Es soll aber nicht nur bei dem dritten Reaktor in Olkiluoto bleiben: In Hanhikivi im Westen des Landes soll ein komplett neues AKW entstehen. Hinter dem neuen Atom-Meiler steht der finnische Kernenergiekonzern Fennovoima, der schätzt, dass das neue AKW nach der Inbetriebnahme rund ein Zehntel des finnischen Strombedarfs decken wird. Seit 2015 ist das Kernkraftprojekt in der Baugenehmigungsphase. Bis 2024 soll es laut Planung in Betrieb gehen. Dieses Datum ist allerdings unwahrscheinlich. Denn auch hier gibt es Verzögerungen. So soll die Baugenehmigung erst in diesem Jahr erteilt werden, womit erst 2023 mit dem Bau begonnen werden könnte.

"Der kommerzielle Betrieb der Anlage würde damit 2029 beginnen", hieß es im April von Fennovoima. Auch die Kosten sind bisher deutlich gestiegen, von zuvor geschätzten 6,5 bis 7 Milliarden Euro auf 7 bis 7,5 Milliarden Euro, wie der finnische Rundfunk Yle berichtete.

Das ist aber nicht der einzige schlechte Stern, unter dem das AKW-Projekt steht. Inländische Investoren verkündeten schon kurz nach Beginn des Projekts den Rückzug aus Fennovoima. Auch in der Bevölkerung ist die Zustimmung für das Kraftwerk gering. Laut einem Yle-Bericht von 2015 sind nur 29 Prozent der befragten Finnen für eine Baugenehmigung für das umstrittene Kernkraftwerk aus. Mehr als die Hälfte der Befragten war der Meinung, dass die Regierung das Projekt nicht absegnen sollte. Doch trotz der schlechten Omen und einer ausstehenden Baugenehmigung für den Reaktor, errichtet das Konsortium derzeit schon Infrastruktur und Nebengebäude auf dem Gelände. Rund 500 Bauarbeiter:innen sind seit dem Herbst dort beschäftigt.

Von Atomkraft-Gegner:innen als Argument gegen die Kernenergie angeführt wird das Problem des Atom Mülls. Besonders die Tatsache, dass es noch kein Endlager für hochradioaktive Abfälle auf der ganzen Welt gibt, ist für viele der Knackpunkt. Doch auch da will Finnland Abhilfe schaffen. Denn Finnlands Gesetze sehen vor, dass jeglicher nuklearer Abfall, der im Zusam-

menhang mit Atomkraft in Finnland entsteht, auch dort gelagert werden muss. Beim AKW Olkiluoto will man daher ein Endlager mit dem Namen Onkalo für stark radioaktive Abfälle bauen. Dafür will man bis zu 450 Meter tief in Felsen bohren. Verbaut werden sollen dabei Eisen, Kupfer, Beton und Ton, um Strahlung nach Außen zu verhindern. Doch bisher ist das Zukunftsmusik, denn die Betriebsgenehmigung fehlt.

Die Firma Posiva, die das Endlager errichtet, schätzt, dass in den nächsten Jahren die Endlagerung beginnen kann.

Weitere Quellen: Nachrichtenagenturen DPA und Reuters World Nuclear Association Wirtschafts- und Arbeitsministerium Finnland Hanhikivi Stuk Bundeszentrale für politische Bildung

Atomunion Europa

Braucht die EU die Atomkraft, um die Klimaziele zu erreichen? Davon sind einige Staaten anders als Deutschland überzeugt. Wo Kernenergie weiter eine wichtige Rolle spielt

Nizza. Investitionen in Atom- und Gaskraftwerke können als klimafreundlich eingestuft werden, schlug die EU-Kommission am Silvestertag vor – just als Deutschland drei seiner sechs verbliebenen Kernkraftwerke abschaltete. Braucht es in der Europäischen Union wirklich neue Atomkraftwerke, um die Klimaziele zu erreichen? Deutsche Nachbarländer wie Frankreich, Polen oder die Niederlande sind davon überzeugt. Unterstützung bekommen sie nun aus Brüssel. Neben Deutschland stellen sich lediglich die Nachbarn Österreich, Luxemburg und Dänemark sowie Portugal deutlich gegen eine Aufnahme der Atomkraft in den europäischen Rahmen.

Damit gibt es zwei konkurrierende Wege, um in der EU Klimaneutralität zu erreichen, denn Deutschland und andere Länder wollen Erdgas als Brückentechnologie mit erneuerbaren Energien kombinieren. Die Kernkraftwerke in der EU liefern rund ein Viertel des Stroms in der Union – und der Anteil könnte zukünftig steigen. Die meisten Nachbarstaaten Deutschlands planen weiterhin mit der Atomkraft. Ein Überblick:

Frankreich und die Schweiz

Wenn die Castorzüge aus den Atomkraftwerken vom südlichen Frankreich gen Norden rollen, dann picknicken Familien an den Gleisen und schauen den gelben Fässern teilnahmslos zu. Und die Züge mit den gelben Fässern fahren häufig, denn in Frankreich laufen noch 56 Meiler – damit verfügt der Staat über das dichteste AKW-Netz der Welt. Bis mindestens 2050 sollen sie laufen, sechs weitere Meiler will der amtierende Präsident Emmanuel Macron bauen, auch die meisten seiner Herausforderer planen so. Denn mit Atomkraft können in Frankreich noch Wähler gewonnen werden. Noch immer befürworten rund 50 Prozent die Konstruktion neuer Reaktoren.

Vielleicht auch, weil die Präsidenten des Landes, egal welcher politischen Couleur, nie müde wurden, die Atomenergie zu preisen. Mit häufig fragwürdigen Argumenten: Zunächst hieß es, sie sei günstiger als alle an-

deren Quellen. Lange Zeit zahlten Franzosen tatsächlich weniger als die meisten anderen Europäer für ihren Strom und installierten fleißig stromschluckende Radiatoren als Heizung.

Seit 2017 aber unterbieten Solar- und Windenergie zuverlässig den Atomstrom, inzwischen liegt der Kilowattstundenpreis in Frankreich im europäischen Mittelfeld. Nun heißt es, die Atomenergie mache Frankreich unabhängig, etwa vom ausländischen Gas. Unterschlagen wird, dass das für die Brennstäbe notwendige Uran tonnenweise aus Ländern wie Nigeria oder Kasachstan importiert werden muss.

Und so setzt Frankreich allein auf Atomkraft, auch aus Not: Über Jahrzehnte hat man den Ausbau von erneuerbaren Energien versäumt. Obwohl das Land in den südlichen Regionen doppelt so viele Sonnenstunden hat wie etwa das Ruhrgebiet, sind dort nur halb so viele Solarpanels installiert. Auch die Windkraft wird bekämpft: Macron hat Erneuerbare weniger ausgebaut als versprochen und die rechtsextreme Kandidatin für die Präsidentschaftswahlen im April, Marine Le Pen, will die Windräder sogar wieder abbauen.

Diese Entscheidungen werden künftig teuer, denn die Meiler sind alt. Eine Instandsetzung allein für zehn weitere Jahre kostet laut französischem Rechnungshof mindestens 100 Milliarden Euro. Augenblicklich muss Frankreich Strom aus Deutschland importieren: Ein Drittel seiner Anlagen muss aus Sicherheitsgründen pausieren.

Eines der ältesten Kraftwerke der Welt steht in der Schweiz

Auch Deutschlands und Frankreichs Nachbar Schweiz wird weiter mit der Kernkraft arbeiten. Was viele nicht wissen: Drei der vier laufenden Atomkraftwerke haben ihre ursprünglich geplante Laufzeit von 40 Jahren überschritten, eines von ihnen gehört zu den dienstältesten der Welt: Beznau 1, nur wenige Kilometer hinter der Grenze zu Baden-Württemberg gelegen, wurde 1969 und damit vor 53 Jahren in Betrieb genommen.

Die eidgenössische Aufsichtsbehörde ENSI geht davon aus, dass die Meiler in Beznau, Gösigen und Leibstadt mindestens 60 Jahre weiterlaufen können. Obwohl die Schweizer schon im Mai 2017 per Referendum für den Atomausstieg gestimmt haben. Allerdings hat die Berner Regierung anschließend nur angekündigt, keine neuen Meiler bauen zu wollen – wann die bestehenden abgeschaltet werden, ließ sie unbeantwortet.

Diese Entscheidungen werden künftig teuer, denn die Meiler sind alt. Eine Instandsetzung allein für zehn weitere Jahre kostet laut französischem Rechnungshof mindestens 100 Milliarden Euro. Augenblicklich muss Frankreich Strom aus Deutschland importieren: Ein Drittel seiner Anlagen muss aus Sicherheitsgründen pausieren.

Eines der ältesten Kraftwerke der Welt steht in der Schweiz

Auch Deutschlands und Frankreichs Nachbar Schweiz wird weiter mit der Kernkraft arbeiten. Was viele nicht wissen: Drei der vier laufenden Atomkraftwerke haben ihre ursprünglich geplante Laufzeit von 40 Jahren überschritten, eines von ihnen gehört zu den dienstältesten der Welt: Beznau 1, nur wenige Kilometer hinter der Grenze zu Baden-Württemberg gelegen, wurde 1969 und damit vor 53 Jahren in Betrieb genommen. Die eidgenössische Aufsichtsbehörde ENSI geht davon aus, dass die Meiler in Beznau, Gösigen und Leibstadt mindestens 60 Jahre weiterlaufen können. Obwohl die Schweizer schon im Mai 2017 per Referendum für den Atomausstieg gestimmt haben. Allerdings hat die Berner Regierung anschließend nur angekündigt, keine neuen Meiler bauen zu wollen – wann die bestehenden abgeschaltet werden, ließ sie unbeantwortet.

Dabei wird das Beneluxland seine beiden Atomkraftwerke mit insgesamt sieben Reaktoren voraussichtlich bis 2025 abschalten. Das ist aber noch kein Abschied von der Atomenergie. "Wir sagen auf Wiedersehen zu unseren alten Reaktoren und schauen nun auf die Atomenergie der Zukunft", sagte Premierminister Alexander De Croo kurz vor Weihnachten. Demnach sollen etwa 100 Millionen Euro in die Forschung zu sogenannten kleinen Atomkraftwerken (SMR) investiert werden, ein Weg, den auch die französische Regierung gehen will. Allerdings bringen die kleinen Reaktoren die Probleme der großen mit sich: Sie sind teurer als Erneuerbare und ihr Müll muss eingelagert werden können.

Auch nebenan in den Niederlanden soll die Atomkraft Teil des Energiemix bleiben. Seit 1974 ist dort das AKW Borssele in Betrieb. Die neue niederländische Regie-

rung hat vergangenen Dezember angekündigt, das alte Kraftwerk weit über seine Laufzeit betreiben zu wollen. Der Anteil des Atomstroms am Energiemix lag in den Niederlanden 2020 bei 3,3 Prozent.

Außerdem plant die Regierung zwei neue Kernkraftwerke. Im März vergangenen Jahres hatte Premier Mark Rutte für Aufsehen gesorgt, als er in einer Fernsehwahlkampfsendung meinte, dass das an der Emsmündung gelegene Eemshaven unweit der deutschen Stadt Emden ein guter Ort für den Bau eines neuen Atomkraftwerkes sei. Das führte in der Region Groningen zu erheblichem Protest, woraufhin Rutte die Aussage zurückzog.

Atomkraft ist in Osteuropa beliebt

Schweden und Finnland

Zu den Ländern mit hohem Atomstromanteil zählt in der EU neben Frankreich auch Schweden. Doch der Anteil sinkt: 2020 lag er erstmals knapp unter 30 Prozent, was auch der Förderung von Wind- und Sonnenenergie zu verdanken ist; Hauptstromlieferant ist in Schweden heute die Wasserkraft. Zu Spitzenzeiten vor 25 Jahren stammte noch mehr als die Hälfte des erzeugten Stroms aus Kernkraftwerken. Der Strom wird von sechs Reaktoren in den Anlagen von Forsmark, Ringhals und Oskarshamn produziert.

Trotz des hohen Atomanteils ist Schweden in der Energiepolitik fortschrittlich gewesen: Schon 1980 wurde per Volksentscheid ein Ausstieg bis 2010 beschlossen, der 2009 allerdings widerrufen wurde. Unter dem Eindruck von Fukushima 2011 wurde in die Sicherheit der verbliebenen Anlagen investiert, was bis 2020 abgeschlossen war.

Inzwischen soll bis 2040 ein fossilfreier Energiemix den Schwedinnen und Schweden ihren Strom liefern, ob die Atomenergie dann noch eine Rolle spielen wird, ist nicht abzusehen. Durch die forcierte Elektrifizierung von Transport und Industrie steigt auch in Skandinavien der Strombedarf. Wind- und Wasserkraft werden in Schweden vor allem im Norden produziert, die Industriezentren Stockholm, Malmö und Göteborg liegen dagegen im Süden, weshalb die Leitungskapazitäten ausgebaut werden müssen. Die Kernkraftwerke dagegen liegen alle im südlichen Drittel des Landes.

Während des strengen Winters vor einem Jahr wurde der Strom plötzlich knapp – in Schweden wird viel elektrisch geheizt. Das trägt dazu bei, dass die bürgerlichen Oppositionsparteien für die Zukunft auch weiter auf die Kernkraft setzen. Und nach einer Umfrage von 2020 sind mehr als 40 Prozent der Bürgerinnen und Bürger für den Bau neuer Kraftwerke, mehr als 30

Prozent wollen die übrig gebliebenen sechs Kraftwerke behalten.

Mit Unterstützung in der Atomfrage durch das Land auf der anderen Seite der Ostsee kann die Berliner Bundesregierung bei der EU-Kommission vorerst also nicht rechnen. Das gilt auch für Finnland, das seine Atomkraftkapazität sogar ausbaut. Etwa 33 Prozent des Bedarfs wurden 2020 mit Atomstrom gedeckt. Inzwischen verfügt das Land über fünf Reaktoren.

Für die aktuelle finnische Regierung ist Kernenergie eine Brückentechnologie in eine Zukunft nur mit Erneuerbaren. Nennenswerten Widerstand gibt es gegen die Atomkraft aber keinen, auch die Grünen akzeptieren sie. Finnland baut auch sein eigenes Endlager: Auf der Insel Olkiluoto sollen in ein paar Jahren nicht weit von einer der beiden Atomanlagen die ersten gebrauchten Brennstäbe eingelagert werden.

Polen und Tschechien

Zusammen mit Finnland haben im vergangenen Herbst acht osteuropäische EU-Staaten eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet, nach der eine zukünftige Energieversorgung mit weniger Klimagasen auch die Atomkraft mit einschließt, darunter Polen und Tschechien. Frankreich soll dabei helfen.

Deutschlands Nachbar Polen beispielsweise ist in der Energieproduktion immer noch abhängig von der Kohle und einer der größten Schadstoffverursacher im Osten Europas. Um die Klimaziele der Europäischen Union zu erreichen, muss die Kohleverbrennung heruntergefahren werden. Geht es nach der rechtsnationalistischen PiS-Regierung, soll deswegen zukünftig Atomkraft eine wichtige Rolle spielen.

In Polen gibt es bislang keine Kernkraftwerke, die In-

betriebnahme des ersten AKW ist für 2033 geplant, bis 2043 sollen fünf weitere Reaktorblöcke folgen. Konzerne aus Frankreich und den USA bewerben sich um den Bau der Anlagen. Im Oktober 2021 empfing Polens Premier Mateusz Morawiecki den Chef von Frankreichs staatlichem Energiekonzern Électricité de France (EDF) in Warschau. Ein Jahr zuvor schloss Polen ein Abkommen mit den USA über nukleare Zusammenarbeit, der US-Konzern Westinghouse soll an den Modellstudien beteiligt werden. Die potenziellen AKW-Standorte befinden sich rund 70 Kilometer von Danzig und 450 Kilometer von Berlin entfernt. Laut einer aktuellen Umfrage lehnen 45 Prozent der Polen den Bau von Atomkraftwerken ab, 39 Prozent sind dafür. Bislang soll es in der Region um Danzig auch keine nennenswerten Proteste gegen die AKW-Pläne geben.

In Warschau hat Frankreich in der Frage der Atomenergie in der EU also einen starken Unterstützer gefunden. Dazu gesellt sich auch Deutschlands und Polens gemeinsamer Nachbar Tschechien. Rund 37 Prozent des Stroms stammen dort aus der Kernkraft.

Er wird von sechs Reaktoren russischer Bauart an den zwei Standorten Dukovany und Temelín erzeugt. Die Dukovany-Blöcke wurden bereits in den Achtzigerjahren zu Zeiten der Sowjetunion angefahren. In den vergangenen zwei Jahrzehnten haben die Regierung und die Industrie mehrfach neue Initiativen angekündigt, um zusätzliche Reaktoren zu bauen.

Derzeit bereitet die Tschechische Republik eine Ausschreibung für den Bau neuer Blöcke in Dukovany vor. Aufgrund von Sicherheitsbedenken wurden russische und chinesische Unternehmen von der Ausschreibung ausgeschlossen und nur Lieferanten aus Frankreich, Südkorea und den USA zugelassen. Frankreichs Staatskonzern EDF könnte zu den möglichen Gewinnern zählen.